

FORSCHUNGSFELD KOMMUNIKATION

Jan Niklas Kocks

Vor-Herrschaft

Hegemonie und politische Kommunikation
in vernetzten Strukturen

HERBERT VON HALEM VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

Jan Niklas Kocks

Vor-Herrschaft.

*Hegemonie und politische Kommunikation
in vernetzten Strukturen*

Forschungsfeld Kommunikation, 41
Köln: Halem 2025

Die Reihe *Forschungsfeld Kommunikation* wurde 1992 von Walter Hömberg (Eichstätt), Heinz Pürer (München) und Ulrich Saxer (Zürich) gegründet und wird derzeit von Christoph Neuberger (Berlin), Jörg Matthes (Wien) und Manuel Puppis (Fribourg) herausgegeben.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme (inkl. Online-Netzwerken) gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© 2025 by Herbert von Halem Verlag, Köln

ISSN: 1433-6952

ISBN (Print): 978-3-86962-727-4

ISBN (PDF): 978-3-86962-728-1

Herbert von Halem Verlagsges. mbH & Co. KG

Boisseréeestr. 9-11, 50674 Köln

<https://www.halem-verlag.de>

Kontakt: info@halem-verlag.de

SATZ: Herbert von Halem Verlag

LEKTORAT: Anna Ohde, Rabea Wolf

DRUCK: Druckhaus Nord GmbH

GESTALTUNG: Claudia Ott Grafischer Entwurf, Düsseldorf

Copyright Lexicon ©1992 by The Enschedé Font Foundry

Lexicon® is a Registered Trademark of The Enschedé Font Foundry.

Danksagung

Der vorliegende Band ist eine überarbeitete und gekürzte Fassung meiner an der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald eingereichten und von ihr angenommenen Habilitationsschrift. Besonderer Dank gebührt an erster Stelle Prof. Dr. Klaus Beck, der das Projekt seit seinen Anfängen begleitet hat und dessen umfassende Förderung entscheidenden Anteil an seinem Abschluss hat. Prof. Dr. Kerstin Thummes und Prof. Dr. Patrick Donges danke ich sehr für ihre Begutachtung der Schrift und für die ausführlichen und – gerade in der Überarbeitung zur Publikation – ausgesprochen hilfreichen Gutachten. Prof. Dr. Juliana Raupp hat mich nach Kräften ermutigt, das Projekt Habilitation in Angriff zu nehmen und mir gerade in seinen ersten Zügen mit Rat und Tat zur Seite gestanden, dafür gebührt auch ihr mein besonderer Dank.

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Forschungskolloquiums Berlin-Greifswald-Leipzig-Zürich danke ich für ihre hilfreichen Anmerkungen und Hinweise, besonders hervorheben möchte ich hier Dr. Vivien Benert, die mir als Respondent an entscheidender Stelle wichtige Hinweise gab.

Prof. Dr. Barbara Pfetsch und Prof. Dr. Annie Waldherr danke ich für ihre Anregungen zur netzwerkanalytischen Operationalisierung, Prof. Dr. Tamir Bar-On dafür, dass er sich die Zeit genommen hat, das nur wenig bearbeitete Feld neurechter Hegemonietheorie umfassend mit mir zu diskutieren.

Prof. Dr. Stefanie Averbeck-Lietz, Prof. Dr. Hubertus Buchstein, PD Dr. Martha Kuhnhenh, Dr. Henriette Mehlan, Prof. Dr. Jochen Müller und Prof. Dr. Gesa zur Nieden haben als Mitglieder bzw. Vorsitzende der Habilitationskommission die Bewertung meiner mündlichen Prüfungsleistungen übernommen, wofür ich ihnen ebenfalls in aller Form danken möchte. Claudia Schröder hat mich in allen organisatorischen Fragen kompetent beraten und unterstützt und Alexander Rihl hat mir zum Abschluss des

Verfahrens rasch und unbürokratisch Raum in seiner Vorlesung eingeräumt, auch dafür vielen Dank.

Die Herausgeber der Buchreihe Forschungsfeld Kommunikation Prof. Dr. Jörg Matthes, Prof. Dr. Christoph Neuberger und Prof. Dr. Manuel Puppis haben mir die Möglichkeit gegeben, meine Arbeit in dieser Reihe zu publizieren, Rabea Wolf und Anna Ohde haben mich verlagsseitig in allen Fragen der Publikation umfassend unterstützt, für beides bin ich sehr dankbar.

Ein Habilitationsprojekt lebt immer auch von den externen Bedingungen, unter denen es stattfinden kann: Prof. Dr. Ralf Spiller und Prof. Dr. Gernot Wolfram danke ich für ihre Unterstützung und die gemeinsame Arbeit an Vorträgen und Lehre, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek der Freien Universität dafür, dass sie mit großem Engagement selbst in der Hochphase der Pandemie die Literaturversorgung niemals abreißen ließen. Meine Familie und Freunde haben mich über die Jahre des Schreibens hinweg nach Kräften unterstützt und mir den Freiraum gegeben, in dem dieses Projekt wachsen konnte, wofür ihnen mein herzlichster Dank gebührt.

Gewidmet ist diese Arbeit Angelica, Daria und Matteo.

Jan Niklas Kocks, Berlin, im Februar 2025

Inhalt

1.	EINLEITUNG	13
2.	GENESE: HEGEMONIE ALS KONZEPT DER POLITISCHEN THEORIE	37
2.1	Ursprünge und Entwicklungen	39
2.2	Das Hegemoniekonzept Antonio Gramscis	44
2.2.1	<i>Politische und philosophische Wurzeln</i>	47
2.2.2	<i>Hegemonie im Verständnis Antonio Gramscis</i>	62
2.2.3	<i>Eine kurze Rezeptionsgeschichte</i>	77
2.3	Fortschreibungen	83
2.3.1	<i>Ausgewählte Ansätze des Neogramscianismus</i>	90
2.3.2	<i>Das Hegemoniekonzept Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes</i>	97
2.3.3	<i>Metapolitik: das Hegemonieverständnis der ›Nouvelle Droite‹</i>	107
2.4	Zwischenfazit: Hegemonie als Konzept der politischen Theorie	119
2.5	Addendum: Hegemoniekonzepte jenseits ihrer Ursprungskontexte	128
3.	DEUTUNGSHOHEIT: HEGEMONIE IN DER POLITISCHEN KOMMUNIKATION	143
3.1	Politik und politische Kommunikation	144
3.2	Hegemoniale Diskurse – diskursive Hegemonie	154
3.3	Hegemoniale politische Kommunikation jenseits des Diskurses	172
3.4	Hegemoniale politische Kommunikation und politische Praxis	192
3.5	Zwischenfazit: Hegemonie in der politischen Kommunikation	211

4.	UMBRÜCHE: HEGEMONIE UND TECHNOLOGISCH INDUZIERTER WANDEL	221
4.1	Die Folgen technologisch induzierten Medienwandels	226
4.1.1	<i>Medienwandel und Öffentlichkeitswandel</i>	227
4.1.2	<i>Konzeptionen des Wandels I: Vernetzung als Strukturprinzip</i>	244
4.1.3	<i>Konzeptionen des Wandels II: die Macht der Plattformen</i>	262
4.2	Hegemonie unter den Bedingungen des Wandels	279
4.3	Zwischenfazit: Hegemonie und technologisch induzierter Wandel	295
4.4	Perspektiven einer erneuten Fruchtbarmachung	302
5.	ANALYTIK: NEUE EMPIRISCHE PERSPEKTIVEN AUF HEGEMONIE	327
5.1	Hegemonie als empirisches Explanandum	328
5.2	Hegemonie aus netzwerkanalytischer Perspektive	340
5.2.1	<i>Potenziale netzwerkanalytisch fundierter Hegemonieforschung</i>	341
5.2.2	<i>Versuch einer netzwerkanalytischen Operationalisierung</i>	372
5.3	Zwischenfazit: empirische Perspektiven des Hegemoniekonzepts	410
6.	FAZIT: ZUM FORTGESETZTEN UND NEUEN WERT DES HEGEMONIEKONZEPTS	415
6.1	Diskussion	416
6.2	Ausblick und Desiderata	428
	Literatur	441

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Modellierungen politischer Kommunikation: ›klassische‹ Konzeption und unter Berücksichtigung des technologisch induzierten Medienwandels	307
Abb. 2	Modellierungen politischer Kommunikation im politischen und gesellschaftlichen Kontext: ›klassische‹ Konzeption und unter Berücksichtigung des technologisch induzierten Medienwandels	308
Abb. 3	Modellierungen der Vernetzung: ›klassisches‹ Modell und unter den Bedingungen der (emergenten) Netzwerkgesellschaft	314
Abb. 4	Fundamente der Machtstellung von Plattformbetreibern: Einflussmöglichkeiten auf die Netzwerke auf/innerhalb einer Plattform	318
Abb. 5	Modellierung politischer Kommunikation im politischen und gesellschaftlichen Kontext unter Hervorhebung von Prozessen der Plattformisierung	319
Abb. 6	Modellierung der Vernetzung unter den Bedingungen der (emergenten) Netzwerkgesellschaft und unter Hervorhebung der Einflüsse einer Plattformisierung	321
Abb. 7	Auszug aus der Knotenliste des Netzwerks	385
Abb. 8	Auszug aus der gerichteten Kantenliste des Netzwerks	385
Abb. 9	Visualisierung des Netzwerks aus 122 Knoten und 486 Kanten	386
Abb. 10	Histogramm der durchschnittlichen Pfadlängen von 1.000 Zufallsnetzwerken	388
Abb. 11	Histogramm der Degree-Werte für die einzelnen Knoten (n=132) des analysierten Netzwerks	389
Abb. 12	Histogramm des durchschnittlichen Degrees von 1.000 Zufallsnetzwerken	390
Abb. 13	Visualisierung zweier separater Teilbereiche des Netzwerks mit reziproken Kanten	392

Tabellenverzeichnis

Tab. 1	Phänomene des Wandels und ihre Bedeutung für Hegemonie	296
Tab. 2	Netzwerkanalytische Maßzahlen und Verfahren	364
Tab. 3	Ranking der Netzwerkakteure nach Degree, Indegree und Outdegree	395
Tab. 4	Ranking der Netzwerkakteure nach Degree	396
Tab. 5	Ranking der Netzwerkakteure nach Eigenvektor-Zentralität	398
Tab. 6	Ranking der Netzwerkakteure nach Betweenness- und Closeness-Zentralität (beide normalisiert)	398
Tab. 7	Jaccard-Ähnlichkeitskoeffizienten für die Vernetzungsprofile zehn ausgewählter Knoten des Netzwerks	400
Tab. 8	Anteile der Akteursgruppen an den ein- und ausgehenden Kanten eines Knotens	402

Liste der verwendeten Abkürzungen

AP	Arbeiterpartei (fiktive Partei für die Operationalisierung in Kapitel 5.2.2)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BP	Bestandspartei (fiktive Partei für die Operationalisierung in Kapitel 5.2.2)
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (Sammlung)
CSV	Comma-separated Values (Dateiformat)
DC	Democrazia Cristiana (italienische pol. Partei des 20. Jahrhunderts)
KF	Klimafreunde (fiktive Organisation für die Operationalisierung in Kapitel 5.2.2)
ND	Nouvelle Droite (französische pol. Bewegung der [extremen] Rechten)
PCI	Partito Comunista Italiano (italienische pol. Partei des 20. Jahrhunderts)
PSI	Partito Socialista Italiano (italienische pol. Partei des 20. Jahrhunderts)
SNA	Social Network Analysis
UP	Umwelpartei (fiktive Partei für die Operationalisierung in Kapitel 5.2.2)
WP	Wirtschaftspartei (fiktive Partei für die Operationalisierung in Kapitel 5.2.2)

1. EINLEITUNG

»Es kann und es muß eine ›politische Hegemonie‹ auch vor dem Regierungsantritt geben, und man darf nicht nur auf die durch ihn verliehene Macht und die materielle Stärke zählen, um die politische Führung oder Hegemonie auszuüben«, Antonio Gramsci (2012: 120).

»Different strategies may succeed or fail. But hegemonic strategy is a permanent feature of society«,
Jonathan Joseph (2000: 200; Herv. i. Orig.).

Der Begriff der Hegemonie hat im Laufe seiner Geschichte immer wieder wechselnde Konjunkturen erlebt, wurde zum Modebegriff der Politik wie auch der Politikanalyse, geriet zeitweise beinahe in Vergessenheit und erlebte Renaissance in verschiedenen politischen und kulturellen Kontexten. Untrennbar verknüpft erscheint er in der politischen Ideengeschichte v. a. mit den Arbeiten Antonio Gramscis und der ihn rezipierenden Autoren der politischen Linken seit Mitte und besonders gegen Ende des 20. Jahrhunderts (vgl. ANDERSON 2018: 7; JOSEPH 2003: 19).¹ Hegemonie wird hier gleichermaßen als Zielstellung eigenen politischen Handelns und als Instrument zur kritischen Analyse bourgeoiser Macht- und Klassenverhältnisse und ethnischer wie sozialer und geschlechtlicher Disparitäten verstanden.

Die wachsende Popularität des Hegemoniebegriffs aufseiten der politischen Rechten, insbesondere auf jener der unter dem Begriff der ›Neuen

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden das generische Maskulinum verwendet. Hiermit sind selbstverständlich und soweit nicht ausdrücklich anders angegeben sowohl Frauen als auch Männer gemeint wie auch alle Menschen, die sich keinem dieser Geschlechter zuordnen.

Rechten« firmierenden partiell extremen Rechten, erscheint zunächst überraschend, insbesondere auch angesichts der Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte des Begriffs. Begründet v. a. durch die Gramsci-Rezeption des französischen Philosophen und Spiritus Rector der sogenannten »Nouvelle Droite«², Alain de Benoist, spätestens seit den frühen 1980er-Jahren, hat sich Hegemonie hier, in partieller Übernahme von Strategien und Diskursen der zu jenem Zeitpunkt ungleich erfolgreicherer politischen Linken (vgl. DE BENOIST 2017: 38f.; LEGGEWIE 1987: 295f.), gleichsam zum populären strategischen wie analytischen Konzept entwickelt, das bis in die Gegenwart hinein Debatten fundiert und durch einzelne Akteure zur Leitlinie politischen Handelns erhoben wird.

Allen politischen, ethischen und weltanschaulichen Differenzen zum Trotz ist den hegemonietheoretischen Ansätzen der politischen Linken wie auch jenen der (extremen) Rechten gemein, dass diese Hegemonie stets in zwei Zusammenhängen konzipieren: zum einen als Analysefolie für Positionen und Strategien politischer Konkurrenten und Gegner, zum anderen als strategische Richtschnur und Zielstellung eigenen politischen Handelns (vgl. BECKER et al. 2013: 8f.; POHN-LAUGGAS 2017: 23). Hegemonie ist, v. a. in der Analyse der politischen Linken, in direkter Anlehnung an die ursprünglichen Gedanken Gramscis und seiner Vordenker, Fundament und Bedingung des Machterhalts der bürgerlichen Klasse, Zielstellung (neo-)konservativer und (neo-)liberaler Politik (vgl. ANDERSON 2018: 116f., 200f.; JOSEPH 2000: 197; LACLAU/MOUFFE 2020: 207ff.). Hegemonie ist zugleich auch der Zustand, der als Ziel der eigenen politischen Arbeit angestrebt wird: Zustimmung der Mehrheit zum eigenen (progressiven) politischen Projekt, Vorherrschaft im politischen wie vopolitischen Raum (vgl. BECKER et al. 2013: 19f.). Die Analyse fundiert dabei zugleich auch die eigene politische Arbeit (vgl. GRAMSCI 2012: 1564f.). Aufseiten der politischen (extremen) Rechten lässt sich dieser Doppelcharakter ebenfalls konstatieren: Hegemonie als Analysefolie für die aus dieser Perspektive wahrgenommene beherrschende Stellung bürgerlicher und vor allem auch linker Politik und Ideologie, Hegemonie zugleich auch als Zielstellung der eigenen po-

2 Ebenfalls aus Gründen der besseren Lesbarkeit und in Abgrenzung zu vollständigen Zitaten sind im Folgenden Eigenbezeichnungen der diskutierten politischen Bewegungen und insbesondere auch spezifische Begriffe und Begriffsbildungen aus den verschiedenen theoretischen Ansätzen jeweils in einfache Anführungen gesetzt.

litischen Strategie (vgl. DE BENOIST 2017: 38f., 175; SELLNER 2017: 40f.; im Überblick umfassend auch: HEITMEYER/FREIHEIT/SITZER 2020: 126ff.).

Auffällig an dieser Stelle erscheint, dass explizite Bezugnahmen auf hegemonietheoretische Konzepte anscheinend primär in Analysen und Strategien der politischen Linken und der (extremen) politischen Rechten zu finden sind, das Zentrum des politischen Spektrums demgegenüber beinahe als blinder Fleck erscheint: Hegemonie als ein Phänomen der – ohne dass mit diesem Begriff eine Bewertung oder Gleichsetzung impliziert wäre – weiteren Ränder des politischen Spektrums? Auch darüber wird noch zu diskutieren sein.

Auffällig erscheint weiterhin, dass die Konturen des Hegemoniebegriffs in seiner umfangreichen Rezeption und Adaption häufig unscharf erscheinen. Losgelöst von grundsätzlich anderen Verwendungen der Begrifflichkeit – etwa in der neorealistischen Schule der Internationalen Beziehungen (vgl. WALTZ 1979; siehe dazu auch: OPRATKO 2018: 69; JACOBITZ 1991: 7ff.) – finden sich auch bei jenen Ansätzen, die direkt auf Gramsci zu rekurrieren suchen, immer wieder begriffliche Unschärfen, Umdeutungen, Verengungen und Erweiterungen des Terminus (vgl. OPRATKO 2018: 7f., 17; siehe u. a. auch: BARFUSS/JEHLE 2014: 30; KLEIN 2017: 28). Im Versuch einer Gesamtschau werden oftmals sogar Kontradiktionen zwischen vermeintlich kohärenten Ansätzen offenbar.

Was also ist hier unter Hegemonie zu verstehen? Das Herausarbeiten einer genauen Arbeitsdefinition, die auch die Entwicklung hegemonietheoretischer Konzepte, die dabei entstandenen Ab- und Begrenzungsfragen und mögliche Widersprüchlichkeiten berücksichtigt, muss zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen einer umfangreicheren Rezeption und Diskussion der (wissenschaftlichen) Entwicklung des Hegemoniekonzepts erfolgen. Dessen ungeachtet lässt sich aber schon an dieser Stelle ein erstes grundsätzliches Verständnis dessen, was Hegemonie in diesem Zusammenhang meint, etablieren. Hegemonie könnte demnach beschrieben werden als die Organisation von politischem Konsens bereits im vorpolitischen Raum, als die Etablierung eines de facto dominierenden Konsenses für bestimmte politische Vorstellungen (vgl. auch: BARFUSS/JEHLE 2014: 66).³ Hegemonie will die Erringung der Zustimmung der Majorität der

3 Die häufige Betonung des konsensualen Elements der Hegemonie, insbesondere in den hegemonietheoretischen Überlegungen Antonio Gramscis, impliziert, dies sei der späteren

Bevölkerung zur politischen Führung (vgl. BECKER et al. 2013: 6f.). Gesellschaftliche und politische Macht werden dadurch gesichert, dass zustimmungs- bzw. anschlussfähige Ideen generiert und reproduziert werden und Akteure sich zugleich kommunikativ in eine Position bringen, in der ihre Interessen als allgemeine Interessen wahrgenommen werden (vgl. u. a. auch: BATES 1975: 351f.; LEARS 1985: 568ff.; OPRATKO 2018: 15, 153, 2012: 63). Hegemonie ist nach Gramsci auch als ein ›pädagogisches Verhältnis‹ zu verstehen, das notwendigerweise kommunikativen Austausch und, in umgrenztem Rahmen und ohne die Rolle der politischen Führung sowie ihre Zielvorstellungen und Leitlinien an sich zu tangieren, die Fähigkeit zu politischen Kompromissen beinhaltet (vgl. GRAMSCI 2012: 1335f., 1386, 1567; siehe dazu auch: FONTANA 1993: 107f.). Hegemonie ist zugleich analytisches Konzept und politische Strategie, Analysegegenstand wie auch angestrebter Zustand (vgl. u. a.: ANDERSON 2017: 53, 109; BECKER et al. 2013: 8f., 11; NEUBERT 2001: 48f.).

Hegemonie im vorpolitischen sowie politischen Raum beinhaltet, sowohl in ihrem strategischen als auch in ihrem analytischen Verständnis starke kommunikative Elemente. Die Darstellung des eigenen Interesses als allgemeines Interesse, die kulturelle, politische, intellektuelle und geistig-moralische Führung als Mittel der Erringung und Sicherung (politischer) Macht und als Kernelement ihrer Fundierung, die Vermittlung von (umgrenzten) Kompromissen und die pädagogische Leitung jener Teile der Bevölkerung, die hier ›geführt‹ werden sollen, all dies ist notwendigerweise immer auch kommunikativ fundiert, muss strategisch als Kommunikation gedacht werden. Analytisch beinhaltet die Untersuchung hegemonialer Strukturen und Verhältnisse stets eine Analyse der ihnen zugrunde liegenden Kommunikationen und Kommunikationsstrategien. Schon Gramsci betont – in einer Analyse, deren Entstehungskontext in den späten 1920er- und frühen 1930er-Jahren, mithin also weit vor der umfassenderen und (partiell) transformierenden Medialisierung der Politik (vgl. im Überblick dazu u. a.: BLUMLER/KAVANAGH 1999; siehe weiterhin auch: DONGES 2008: 33ff.; LACLAU/MOUFFE 2020: 200f.), liegt – die herausragende

Diskussion etwas vorweggreifend schon an dieser Stelle angemerkt, nicht grundsätzlich die Abwesenheit jedweden Zwanges; siehe dazu u. a. auch Anderson (2018: 39f.).

Rolle, die öffentliche und massenmedial vermittelte Kommunikationen im Ringen um Hegemonie spielen:⁴

»Fifty years after the advent of universal suffrage, such a phenomenon seems further away than ever. What is the reason for this paradox? It must lie in the prior ideological conditioning of the proletariat before the electoral moment as such. The central locus of power must therefore be sought within civil society – above all, in capitalist control of the means of communication (press, radio, television, cinema, publishing), based on control of the means of production (private property) [...]. It is the strategic nexus of civil society which is believed to maintain capitalist hegemony within a political democracy, whose state institutions do not directly debar or repress the masses. The system is maintained by consent, not coercion« (ANDERSON 2017: 63).

Inwieweit politische Kommunikation allein auch schon hinreichende Bedingung zur Erringung von Hegemonie im vorpolitischen wie politischen Raum ist, ist teilweise umstritten (vgl. u. a.: ANDERSON 2017: 63ff.) und wird auch später noch zu diskutieren sein. Ihre herausragende Bedeutung für diese (vgl. GRAMSCI 2012: 1390), gerade auch unter den Bedingungen der fortschreitenden Medialisierung (vgl. LACLAU/MOUFFE 2020: 200f.), kann jedoch nicht bestritten werden: Hegemonie setzt erfolgreiche politische Kommunikation voraus.

Diesem Befund steht jedoch eine bisher oftmals noch sehr zurückhaltende Diskussion hegemonietheoretischer Ansätze in der Kommunikationswissenschaft wie auch im Besonderen in der politischen Kommunikationsforschung gegenüber. Gerade die politikwissenschaftliche Forschung, darunter auch jener Strang der Forschung, der sich an der Schnittstelle von »kritischer Wissenschaft« und politischem und sozialem Aktivismus verortet (vgl. dazu u. a.: OPRATKO 2018: 14ff.), hat seit den 1970er-Jahren, insbesondere in Großbritannien aber auch schon zuvor in den 1960er-Jahren (vgl. ANDERSON 2018: 113ff.; COUTINHO 2012: xi), hegemonietheoretische Ansätze umfassend rezipiert und weiterentwickelt. Dagegen fällt die Be-

4 Im Kontext dieser Arbeit wird zur Bezeichnung des Prozesses einer zunehmenden (massen-) medialen Beeinflussung der Gesellschaft, eines Übergreifens medialer Funktionslogiken in andere (nicht originär mediale) Bereiche der Gesellschaft, im Folgenden (in Anlehnung u. a. an Donges [2008: 25, Fn. 1]) stets der Begriff der »Medialisierung« verwendet. In Teilen der kommunikationswissenschaftlichen Literatur findet sich dafür auch der Begriff der »Mediatisierung«, der zumeist synonym gebraucht, dem in einigen wenigen Fällen aber auch ein partiell anderes Signifikat unterstellt wird; siehe dazu u. a. die Übersichten bei Neuberger (2016: 339; insb. Fn. 2) und bei Birkner (2020: 3).

schäftigung mit diesen aus dem Bereich der Kommunikationswissenschaft wie insbesondere auch aus jenem der politischen Kommunikationsforschung quantitativ wie z. T. auch qualitativ deutlich dahinter zurück (vgl. dazu auch: LANGEMEYER 2009: 73).

Einzelne kommunikationswissenschaftliche Beiträge, die hegemonietheoretische Ansätze zur theoretischen Fundierung heranziehen (vgl. im Überblick u. a.: MUMBY 1997: 343f.; CONRAD/CHENEY 2018: 41; spezifisch auf Gramsci bezogen siehe auch: BRIZIARELLI/KARIKARI 2016), finden sich in den Bereichen der Forschung zu Populärkultur (vgl. exemplarisch: CONRAD 1988; CLOUD 2006), Entertainment (vgl. exemplarisch: DOW 1990; GITLIN 1979; KIM 2008; MARTÍNEZ GUILLEM/BRIZIARELLI 2012) und der medialen Darstellung von Sportereignissen (vgl. exemplarisch: TRUJILLO 1991). Prävalent sind darunter auch Arbeiten aus gendertheoretischer Perspektive, die sich mit Formen und Konstruktionen ›hegemonialer Männlichkeit‹ – dabei v. a. rekurrierend auf das teilweise an Gramsci orientierte Konzept Connells (vgl. 1995; kritisch dazu u. a.: DEMETRIOU 2001: 343ff.) – in den Medien auseinandersetzen. Kommunikationswissenschaftliche Beiträge, die hegemonietheoretische Ansätze auf politische Kommunikation und politischen Journalismus i. w. S. beziehen, sind demgegenüber rar.⁵

Während der von Mumby (vgl. 1997: 369f.) konstatierten hohen potenziellen Relevanz hegemonietheoretischer Konzepte für die Analyse (politischer) Kommunikation möglicherweise zuzustimmen ist – dies zu diskutieren und auszuarbeiten liegt ja gerade im Erkenntnisinteresse dieser Arbeit –, muss der von ihm postulierte bestehende hohe Einfluss solcher Reflexionen, die er als zentral für die kritische Kommunikationsforschung, gerade auch im Bereich der Forschung zur Organisationskommunikation (vgl. ebd.: 343ff.), bezeichnet, zumindest für den Moment mit einem Fragezeichen versehen werden.⁶ Die Rezeption und die Diskussion

5 Eine der wenigen Ausnahmen stellt hier die ursprünglich auf seiner Dissertationsschrift zur Bedeutung der Medien für die ›Neue Linke‹ beruhende Arbeit von Gitlin (2003) dar, die im Rahmen eines Kapitels zur Reflexion über Medienroutinen in politischen Krisen (2003: 252ff.) dezidiert hegemonietheoretische Konzepte diskutiert und diese auf den politischen Journalismus in den Vereinigten Staaten zu beziehen sucht. Einzelne Referenzen auf das gramscianische Hegemonieverständnis finden sich zudem in Blocks (2013) kulturalistischer Betrachtung des Medialisierungsprozesses in der Politik sowie in der Debatte um das Konzept einer möglichen ›media hegemony‹, exemplarisch etwa bei Altheide (1984) und Carragee (1993).

6 Eine der wenigen Arbeiten, die einen zumindest teilweise auf Gramsci zurückgeführten Hegemoniebegriff in der Untersuchung von Public Relations diskutiert, stellt die primär auf das

hegemonietheoretischer Ansätze in der Kommunikationswissenschaft und insbesondere in der politischen Kommunikationsforschung bleibt bis dato augenscheinlich weit hinter dem zurück, was innerhalb anderer benachbarter Disziplinen, allem voran der Politikwissenschaft, aber u. a. auch der Ökonomie (vgl. im Überblick u. a.: OPRATKO 2018: 67ff.) und partiell zuletzt auch der Rechtswissenschaft (vgl. im Überblick u. a.: BUCKEL/FISCHER-LESCANO 2007b) auf diesem Gebiet bereits geschehen ist.

Ausgehend von dieser ersten Fragestellung ergeben sich sodann weitere Problemfelder: Ein Großteil der hegemonietheoretischen Konzepte rekurriert auf die Ausarbeitungen Gramscis in den *Gefängnisheften*, einer oftmals fragmentarischen Sammlung politischer Ideen und Strategien sowie theoretischer Konzepte, deren Entstehungskontext im Italien der späten 1920er- und frühen 1930er-Jahren liegt. Inwieweit diese dadurch ›Kinder ihrer Zeit‹ sind, konkret bezogen und anwendbar v. a. auf ihren spezifischen zeitlichen wie national-kulturellen Kontext, ist teilweise umstritten. Auch in der Rezeption späterer Konzeptionen von Hegemonie sind solche Diskussionen um die Implikationen des jeweiligen Entstehungskontexts nachweisbar (vgl. im Überblick u. a.: OPRATKO 2018: 24ff., 124, 196), Gleiches gilt auch für den Bereich neogramscianischer Ansätze v. a. in der Analyse inter- und transnationaler Hegemonie (vgl. BARFUSS/JEHLE 2014: 167). Ob und unter welchen Voraussetzungen hegemonietheoretische Konzepte unter veränderten Strukturbedingungen tragfähig sind, wird in diesem Zusammenhang also ebenfalls zu diskutieren sein.

Eng mit dieser Diskussion verbunden ist die Frage nach den Implikationen gesellschaftlicher, ökonomischer, medialer und politischer Wandlungsprozesse für hegemonietheoretische Konzepte und ihre theoretisch-kommunikationswissenschaftliche wie strategische Fruchtbarmachung. Diese Prozesse haben die Funktionsprinzipien der modernen Gesellschaft und ihrer Teilsysteme grundlegend verändert. Dies gilt auch und gerade für den hier zu betrachtenden Bereich von Politik und politischer Kommunikation.

Der Prozess der Medialisierung hat, spätestens seit den 1950er-Jahren, in mehreren Phasen (vgl. dazu u. a.: STRÖMBÄCK 2008: 236ff.; siehe weiterhin auch: BLUMLER/KAVANAGH 1999; KOCKS 2019: 151ff.) durch das Über-

greifen medialer Funktions- und Handlungslogiken die Modi und Regeln der politischen Kommunikation, jene der Rezeption bzw. Beobachtung von Politik und schließlich zunehmend auch die organisationalen Strukturen politischer Organisationen und Institutionen verändert (vgl. u. a.: DONGES 2008: 33ff.; RAUPP 2009: 267ff.; HJARVARD 2008: 113). Seit den frühen 2000er-Jahren hat der Prozess der Digitalisierung erneut für umfassende Umwälzungen gerade auch in diesem Bereich gesorgt (vgl. im Überblick: KOCKS 2016: 38ff.). Akteuren aus dem Bereich von Politik und politischer Kommunikation stehen neue, nicht klassisch massenmediale Kommunikationskanäle mit eigener Funktionslogik und eigenen Normen und Regeln zur Verfügung (vgl. JARREN 2019: 65ff.), um ihre Botschaften schnell und weitreichend an ein disperses Publikum zu kommunizieren (vgl. dazu u. a.: RAUPP/KOCKS 2018b: 13ff.; KOCKS 2016: 64ff.). Kommunikation ist in diesen Prozessen allgegenwärtiger geworden, Kommunikations- und Publikationsgelegenheiten haben sich vervielfacht, wobei die wichtige Ressource der Rezipientenaufmerksamkeit zugleich rarer geworden ist (vgl. BECK/JÜNGER 2019: 27ff.).

Das Mediensystem ist starken Umwälzungen unterworfen. Dabei geht es nicht nur um technologische Veränderungen bzw. Disruptionen, sondern um eine grundlegende Veränderung der Vermittlungsverhältnisse, um eine Öffnung des Mediensystems als solches (vgl. BECK 2019: 13). Mediensysteme sind seit jeher als dynamische Systeme zu begreifen, die kontinuierlichen und manchmal auch disruptiven Veränderungen unterliegen (vgl. BECK 2012: 301f.); etablierte und neue Medienformen und Medienlogiken konkurrieren, sind z. T. auch Interdependenzen unterworfen (vgl. CHADWICK 2017: 285). Das Aufkommen neuer Angebote führt dabei nicht notwendigerweise zum Verschwinden bereits etablierter Angebote (vgl. dazu auch: EVENS/DONDERS 2018: 243f.), es kommt vielmehr zu einer Hybridisierung des Systems:

»All older media were once newer and all newer media will eventually get older. But older media of any consequence are rarely entirely displaced by newer media. Even telegraph messages and cassette tapes, for example, haunt the present though their performance of these roles is no longer socially sanctioned except by small groups of hobbyists. Things are complicated by the continuing evolution of newer media, as once new forms will continue to accrete and hybridize newer affordances [...]. And yet the technological facts and initially-established social norms of a medium never entirely fade but continue to shape patterns of use and the sense of what a specific medium is and of how it differs from other media« (CHADWICK 2017: 28).

Für Politik und politische Kommunikation ergibt sich aus diesen Entwicklungen eine Reihe von Implikationen. Es kommt hier zu einer kontinuierlichen, partiell manchmal auch disruptiven Veränderung und ggf. einer Hybridisierung der für sie wesentlichen Strukturbedingungen, jener Faktoren, die ihre Kommunikation mit den für sie relevanten Publika determinieren (vgl. dazu u. a.: PFETSCH 2003a: 82ff.), die gleichsam Grundlage ihrer kommunikativen Außendarstellung und der damit verbundenen Legitimationsbestrebungen sind (vgl. u. a.: BECK 2006: 206ff.; PFETSCH 2003b: 393f.). Bühne und Resonanzraum politischer Kommunikation unterliegen im Zuge des Wandels des Mediensystems umfassenden Veränderungen. Durch den dadurch induzierten Wandel der Strukturbedingungen entsteht aufseiten der Politik und der politischen Kommunikation Veränderungs- und Adaptionsbedarf, wenn der für ihre Wirksamkeit und Legitimation zentrale kommunikative Konnex nicht unterbrochen werden soll. Technologischer induzierter Wandel führt nicht zwangsläufig zu einer Umgestaltung bzw. Erosion bestehender (politischer) Machtverhältnisse (vgl. u. a.: MARGOLIS/RESNICK 2000: 1ff.; kritisch dazu auch: WRIGHT 2012: 248ff.). Politik und politische Kommunikation müssen aber neuen – und, um im Bild Chadwicks (vgl. 2017: 29ff.) zu bleiben, ›erneuerten‹ alten Medienformen, also jenen etablierten Medienformen, die die Logiken neuer Medien adaptieren und integrieren – gerecht werden und ihre kommunikative Arbeit auf deren Routinen und Funktionslogiken ausrichten, thematisch, inhaltlich und auch hinsichtlich ihrer Darstellung und ihres Timings.

Sofern sich hegemonietheoretische Ansätze für die Analyse politischer Kommunikation – und, erneut im Sinne der Betrachtung von Hegemonie durch Gramsci und die indirekt und direkt auf seinen Ansatz rekurrierenden Autorinnen und Autoren als Konzept mit einem Doppelcharakter, für deren strategisch-kommunikative Ausgestaltung – fruchtbar machen lassen, müssten diese mithin auch den hier skizzierten Wandlungsprozessen Rechnung tragen können. Es stellt sich dazu wieder die in Teilen der politikwissenschaftlichen Diskussion kontrovers diskutierte Frage nach der Anwendbarkeit dieser Ansätze jenseits ihres Entstehungskontexts.

Medienwandel ist als ein umfassendes Phänomen zu verstehen, das in vielfältiger Art medial entgrenzend wirkt. Zu denken ist hier u. a. an die Ubiquität medial vermittelter Kommunikation, an die vernetzenden Effekte neuer Medienformen und Angebote und an die dadurch induzierten Effekte auf gesellschaftlicher wie organisationaler und interpersonaler Ebene (vgl. u. a.: KROTZ 2001: 22; siehe auch: HEPP/HITZLER 2014: 35f.). Dies

gilt auch und gerade unter den Bedingungen der Digitalisierung (vgl. im Überblick u. a.: VORDERER 2015; kritisch auch: STEINMAURER 2016: 314ff.). Das Mediensystem erfährt zugleich eine Öffnung, die den Zutritt neuer Akteure und insbesondere auch von Akteuren neuen Typs erlaubt, die eigenen Handlungslogiken folgen und eigene Regeln und Normen mit einbringen (vgl. u. a.: BECK 2019: 13). Der Zugang dieser Akteure und die zunehmende Bedeutung der in Politik und politischer Kommunikation u. U. sogar als Strukturprinzip wirkenden (vgl. dazu u. a.: VAN DIJK/HACKER 2018: 23f.) kommunikativen Vernetzung verdienen hier besondere Aufmerksamkeit, da auch sie potenziell weitreichende Implikationen für die Anwendung hegemonietheoretischer Ansätze in der kommunikationswissenschaftlichen Analyse wie auch der strategisch-kommunikativen Ausgestaltung politischer Kommunikation haben können.

Kommunikative Vernetzung durch neue soziale Medien ist spätestens seit Ende der 2000er-Jahre ein ubiquitäres Phänomen. Große Plattformanbieter schaffen neue Kommunikationsräume, die in der öffentlichen Kommunikation an Stellenwert gewinnen und Modi der Kommunikation z. T. grundlegend und dauerhaft verändern (vgl. BECK 2019: 8). Die Implikationen der Vernetzung reichen aber noch darüber hinaus: Unter dem Stichwort der ›Netzwerkgesellschaft‹ wird ein Modell diskutiert, in dem mit Beginn des 21. Jahrhunderts Netzwerkstrukturen das entscheidende gesellschaftliche Funktionsprinzip darstellen.⁷ Politische, ökonomische und gesellschaftliche Macht konstituieren sich aus dem Besetzen entscheidender Knotenpunkte innerhalb dieser Netzwerke (vgl. u. a.: VAN DIJK 2006: 95), tradierte Faktoren wie räumliche Nähe verlieren zugunsten von Nähe im Netzwerk immer mehr an Bedeutung (vgl. CASTELLS 2002a: 377f., 2001b: 529ff.). Netzwerke sind dabei zu verstehen als Systeme untereinander verbundener Knoten, die In- bzw. Exklusion in diese Systeme stellt eine entscheidende Ressource dar:

»Ein Netzwerk besteht aus mehreren untereinander verbundenen Knoten. Ein Knoten ist ein Punkt, an dem eine Kurve sich mit sich selbst schneidet. Was ein Knoten

7 Der Beginn der Entwicklung hin zu diesem Zustand wird dabei z. T. deutlich früher angesetzt; Castells (2002b: 548; siehe auch: 2001b: 5f., 36) etwa verweist darauf, dass bereits die ›Revolution der Informationstechnologie‹ in den 1970er-Jahren einen ersten Startpunkt gesetzt habe, der im Zusammenspiel mit Prozessen der Globalisierung und der Emergenz des ›Networkings‹ als Organisationsform die Entwicklung hin zu der von ihm postulierten Netzwerkgesellschaft befördert habe.

konkret ist, hängt von der Art von konkreten Netzwerken ab, von denen wir sprechen. [...] Die von Netzwerken definierte Topologie bringt es mit sich, dass die Distanz (oder die Intensität und Häufigkeit der Interaktion) zwischen zwei Punkten (oder sozialen Positionen) geringer (oder häufiger oder intensiver) ist, wenn beide Punkte Knoten in einem Netzwerk sind, als wenn sie nicht zum selben Netzwerk gehören« (CASTELLS 2001b: 528).

Die in diesen Ansätzen postulierte Netzwerkgesellschaft zeichnet sich durch die globale Vernetzung (und Interdependenz) verschiedenster Organisationen und Individuen aus (vgl. u. a.: VERMA/SHIN 2004: 132); neue Kommunikationsmittel und Plattformen ermöglichen die Überwindung zeitlicher wie räumlicher Grenzen und die Etablierung neuer (kommunikativer) Beziehungen. Die Position eines Akteurs im Netzwerk erlangt, wie auch seine Fähigkeit, verschiedene (Sub-)Netzwerke zu verbinden, zunehmend Bedeutung. Ein hohes Maß an Zentralität bzw. die Einnahme einer Bridging- oder Bonding-Funktion, also der Möglichkeit vermittelnd bzw. integrativ zu wirken (vgl. dazu u. a.: GEYS/MURDOCH 2010: 525f.), ist hier u. a. im Interesse der Sicherung und Erweiterung von Macht und Einfluss grundsätzlich als wünschenswert zu betrachten. Netzwerke sind dabei immer zu einem entscheidenden Anteil kommunikativ fundiert (vgl. CASTELLS 2011: 773ff., 2007: 238ff.); Kommunikationsregeln und -routinen prägen diese in hohem Maße (vgl. im Überblick: ALFTER 2019: 38f.).

Die durch diese Prozesse induzierten Veränderungen sind umfassend: Netzwerkstrukturen beeinflussen Gesellschaft, Wirtschaft und nicht zuletzt auch Politik und politische Kommunikation. Der Zugang zu entsprechenden Netzwerken wird zu einer zentralen Ressource, die Nähe in so konstruierten Netzwerken wird oftmals entscheidender als etwa räumliche Nähe; die Grenzen des Nationalstaats erodieren partiell zugunsten neuer transnationaler Vernetzungsstrukturen (vgl. CASTELLS 2007: 258; VAN DIJK 2006: 241; teilweise kritisch dazu: DONGES 2021: 127). Zugleich entstehen hier aber auch neue, z. T. technisch bedingte, Vulnerabilitäten: Die Infrastruktur der entsprechenden Netzwerke kann sich als störanfällig erweisen, was im Zuge ihrer zunehmenden Bedeutung für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik weitreichendere Konsequenzen haben kann. Teilweise wird zudem von einer diesen Netzwerken inhärenten und nicht ausschließlich technisch bedingten Instabilität, gerade bei vielen Verbindungen der einzelnen Knoten untereinander, ausgegangen (vgl. VAN DIJK 2006: 96ff., 186ff.). Zu nennen sind schließlich auch kognitive und ressourcenabhängige Zugängerschwernisse – digitale Spaltungsphänomene – die bei

stark technisierten Netzwerkstrukturen besonders zum Tragen kommen können und u. U. auch eine, insbesondere politisch-medialen Netzwerken inhärente, Tendenz zur Bildung innerhalb des Netzwerks abgeschotteter Elitencluster haben (vgl. VAN DIJK 2006: 177ff.; DAVIS 2010: 754ff.).

Zu beachten ist weiterhin, dass die Kontrolle über die hier diskutierten Vernetzung ermöglichenden Kommunikationsnetzwerke zumeist in der Hand einiger großer (globaler) ökonomischer Akteure liegt (vgl. CASTELLS 2011: 784; siehe weiterhin auch: BECK 2019: 13). Die Plattformen und Strukturen der Vernetzung sind zumeist keine öffentlichen Güter; insbesondere ist hier eine Ausschlussmöglichkeit gegeben, deren Einsatz, auch in politischen Kommunikationszusammenhängen, in den Händen und im Ermessen der Betreiber liegt (vgl. exemplarisch: LEETARU 2018). Die Bereitstellung der Infrastruktur für die globale kommunikative Vernetzung und die Etablierung und den Unterhalt entsprechender Plattformen haben sich im Zuge der Digitalisierung zu einem zentralen Wirtschaftszweig entwickelt, in dem die Generierung und die Vermarktung von Daten Kernbestandteil des Geschäftsmodells sind (vgl. SRNICEK 2018: 11, 43ff.).⁸

Diese Entwicklung hat vielfältige Implikationen, die z. T. noch über den unter dem Stichwort der ›Netzwerkgesellschaft‹ diskutierten Wandel hinausgehen. Insbesondere aus ökonomischer Perspektive sind diese unter Stichwörtern wie ›Plattformökonomie‹ oder, maßgeblich zurückzuführen auf die entsprechenden Arbeiten Shoshana Zuboffs (vgl. u. a.: 2015, 2018), ›Überwachungskapitalismus‹ zuletzt umfassend diskutiert worden.

Plattformen lassen sich mit Srnicek (2018: 46) definieren als »digitale Infrastrukturen, die es zwei oder mehr Gruppen ermöglichen zu interagieren«; sie fungieren u. a. als Vermittlungsinstanz zwischen Anbietern und Kunden, zwischen Werbetreibenden und ihren Zielgruppen und nicht zuletzt auch zwischen Medienproduzenten und Rezipienten, zwischen Kommunikatoren und ihren Adressaten. Plattformen stellen die Politik vor vielfältige regulatorische Herausforderungen (vgl. im Überblick:

8 Im Winter 2024 (Stichtag: 31. Oktober) nehmen fünf Unternehmen (Apple, Microsoft, Amazon, Meta [Facebook] und Alphabet [Google]) mit ganz oder zumindest teilweise datengetriebenen bzw. plattformorientierten Geschäftsmodellen sechs der nach Marktkapitalisierung gewichteten zehn Spitzenränge im Aktienindex der Industrieländer (MSCI World) ein (Alphabet ist dabei doppelt mit A- und C-Shares vertreten); zusammen beträgt ihr Gewicht in diesem aus insgesamt 1.601 Aktien (Large- und Mid-Cap) aus 23 Industriestaaten bestehenden Index rund 16 Prozent. Zu Art und Umfang der durch diese Unternehmen angebotenen (infrastrukturellen) Angebote siehe u. a. auch die Übersicht bei van Dijk, Poell und de Waal (2018: 14).

NASH et al. 2017; SCHWEITZER/FETZER/PEITZ 2016: Abschnitte D und E; VAN DIJCK/POELL/DE WAAL 2018: 156ff.) und schaffen zugleich eigene Modi der Governance (vgl. im Überblick: GORWA 2019), sie verändern darüber hinaus aber auch die Rahmenbedingungen und Modi der Vermittlung von Politik. Gerade im Bereich der (politischen) Kommunikation bedingt dies umfassende Veränderungen, u. a. dadurch, dass die Selektion und Aggregation von Nachrichten zunehmend algorithmisch und an situativen Nutzerbedürfnissen orientiert erfolgt (vgl. BECK 2019: 16).

Dabei zeichnen sich Plattformen zugleich auch durch eine Tendenz zur Monopolbildung aus, die ursächlich v. a. aus Netzwerkeffekten resultiert, bei denen mit zunehmender Mitgliederzahl der einzelnen Plattform ein stark steigender Wert der Mitgliedschaft für das einzelne Mitglied entsteht (vgl. u. a.: SRNICEK 2018: 47ff.). Zwar sind Plattformökonomien theoretisch grundsätzlich offen für den Zugang neuer Marktteilnehmer, in der Praxis hat das sehr starke Wachstum der großen us-amerikanischen Anbieter aber die Hürden für den Marktzutritt neuer Teilnehmer kontinuierlich erhöht, so dass Erstere inzwischen eine zumeist marktbeherrschende Stellung einnehmen (vgl. VAN DIJCK/POELL/DE WAAL 2018: 15).

Die Implikationen dieser Entwicklung hin zu einer durch Plattformen und Plattformanbieter dominierten Wirtschaft und Kommunikation werden zuletzt auch vermehrt unter dem Begriff eines ›Überwachungskapitalismus‹ kritisch diskutiert. Dieser stelle, so die Vertreter dieser These, eine neue Marktform dar, die menschliche Erfahrung als Rohstoff zur Umwandlung in Verhaltensdaten reklamieren und diese für multiple kommerzielle Operationen nutzbar machen (vgl. ZUBOFF 2018: 22). Jeder Einzelne sei danach gezwungen, stetig wachsende Mengen an Informationen über sich preiszugeben, sogar um den Preis einer grundlegenden Veränderung des Alltagslebens, könne sich diesem Prozess aber zugleich auch nicht entziehen, da gesellschaftliche Teilhabe in zunehmendem Maße von – durch die entsprechenden Plattformen angebotener – digitaler Kommunikation abhängig sei (vgl. ebd.: 25f.; siehe weiterhin auch: CINNAMON 2017: 610; SILVERMAN 2017: 149ff.). Menschliches Handeln wird unter diesen Bedingungen ›verdatet‹, immer prognostizierbarer und zugleich – Beck (2019: 18) spricht hier in Anlehnung an Foucault von ›panoptischen Effekten‹ – auch stärker von dem Bewusstsein der umfassenden Überwachung gesteuert (vgl. dazu auch: ZUBOFF 2018: 420f.).

Für Politik und politische Kommunikation verändert diese Entwicklung erneut die Strukturen, innerhalb derer sie agieren und interagieren

können. Neue technologische Möglichkeiten erlauben, gerade unter dem Gesichtspunkt der umfassenden ›Verdatung‹ des Einzelnen, eine gezieltere Ansprache (sog. ›Microtargeting‹) relevanter (Teil-)Populationen (vgl. im Überblick u. a.: PAPAKYRIAKOPOULOS et al. 2018; ZUIDERVEEN BORGESIUŠ et al. 2018). Plattformen können durch Politiker wie auch politische Kommunikatoren gezielt zur Ansprache von und Vernetzung und Interaktion mit (potenziellen) Wählern genutzt werden, was die Möglichkeiten gezielter (externer) Kommunikation deutlich erweitert (vgl. u. a.: BORUCKI 2018: 127; KOCKS 2019: 153ff.). Dem steht aber, neben den allfälligen ethischen Problemstellungen des Microtargetings (vgl. im Überblick u. a.: BERGHEL 2018; CHEN 2018; weiterhin auch: PILNIOK 2021: 164f.) zugleich auch eine zunehmende Abhängigkeit von neuen Akteuren bzw. Akteuren eines neuen Typs gegenüber, die nicht länger tradierten Spielregeln politisch-medialer Kommunikation folgen, sondern eigenen, oftmals ökonomisch motivierten Entscheidungsregeln. Die Politik wird so in ihrer kommunikativen Außendarstellung, die in modernen Demokratien gleichsam *conditio sine qua non* ihrer Legitimation ist (vgl. u. a.: BECK 2006: 206ff.; PFETSCH 2003b: 393f.), zumindest partiell abhängig von den Geschäftspraxen und den Entscheidungen großer, multinationaler und oftmals auch marktbeherrschender Plattformanbieter.

Was aber bedeuten die hier im Überblick dargestellten Entwicklungen für die Anwendung bzw. Übertragung hegemonietheoretischer Ansätze auf politische Kommunikation? Genauer: Was sind die Implikationen der unter den Begriffen ›Netzwerkgesellschaft‹, ›Plattformgesellschaft‹ bzw. ›Plattformökonomie‹ und schließlich auch ›Überwachungskapitalismus‹ diskutierten Prozesse für die Fruchtbarmachung hegemonietheoretischer Ansätze für die Analyse politischer Kommunikation und, erneut dem zuvor diskutierten Doppelcharakter folgend, für die Anwendung dieser Ansätze in der strategischen politischen Kommunikation? Worin liegt ihre Relevanz für das hier projektierte Vorhaben?

Erneut gilt es wieder, wie zuvor auch schon in der Diskussion der möglichen Implikationen des Medienwandels, die in der Forschung kritisch diskutierte Frage der Anwendbarkeit hegemonietheoretischer Ansätze jenseits ihres Entstehungskontextes in den Blick zu nehmen. Nimmt man, wie z. B. Castells oder, aus deutlich dystopischerer Perspektive, van Dijk, die Emergenz einer Netzwerkgesellschaft, die Erosion bestehender Strukturprinzipien zugunsten eines neuen Prinzips der (globalen) Vernetzung an, so hat man von einer gravierenden Änderung der wesentlichen Strukturen

globaler Kommunikation, insbesondere auch politischer Kommunikation auszugehen. Hegemonie müsste sich in diesem Modell nicht mehr nur innerhalb klar umgrenzter geschlossener (nationaler oder sub-nationaler) Kontexte manifestieren, sondern auch innerhalb neuer vernetzter Strukturen zum Tragen kommen und sich v. a. auch innerhalb dieser Kontexte wissenschaftlich analysieren lassen. Schon jetzt wird Hegemonie teilweise mit (innergesellschaftlicher) Vernetzungsarbeit verknüpft, als Ergebnis der Besetzung maßgeblicher Knotenpunkte diskutiert (vgl. u. a.: BARFUSS/JEHLE 2014: 119f.). Die entscheidende Frage ist aber, inwieweit sich dies unter den Bedingungen zunehmender globaler Vernetzung – einer (emergenten) Netzwerkgesellschaft – analytisch fassen lässt.

Auch die neue Machtstellung globaler, oftmals marktbeherrschender Plattformanbieter und der durch sie geschaffenen neuen Strukturen der vernetzten Kommunikation muss in diesem Zuge genauer betrachtet werden. Hier sind neue Akteure bzw. Akteure neuen Typs auf den Plan getreten, deren Bindung an nationalstaatliche Kontexte und ihre regulatorischen Rahmen u. U. deutlich schwächer ausgeprägt ist, als dies bei anderen etablierten Akteuren in den hier relevanten Bereichen der Fall ist (vgl. kritisch dazu: ANDERSON 2018: 93). Sie stellen neue Strukturen für vernetzte Kommunikation bereit, die wiederum ob ihrer Spezifika eigene Modi und Regeln der Kommunikation schaffen, kontrollieren die Informationsflüsse innerhalb der durch sie bereitgestellten Infrastruktur und – hier ist an die unter dem Topos des ›Überwachungskapitalismus‹ geführte Diskussion zu denken – vermarkten als Kern ihres Geschäftsmodells die Daten all derer, die die entsprechenden Plattformen nutzen, sie zunehmend auch nutzen müssen.

Die Entwicklung auf diesem Gebiet greift in alle Bereiche (medial vermittelter) politischer Kommunikation ein, schafft zugleich neue kommunikative Opportunitäten wie auch neue Modi der Überwachung und Verdattung des Einzelnen. Aus hegemonietheoretischer Perspektive ergibt sich hier eine Reihe von Fragestellungen: Welche Rolle spielen Plattformen und ihre Infrastrukturen für die kommunikative Vermittlung von Hegemonie im vorpolitischen wie politischen Raum? Welche Form von Akteursqualität kommt den Anbietern dieser Infrastruktur dabei zu? Welche Adaptionszwänge entstehen aufseiten der Politik und der politischen Kommunikation? Erneut stellt sich die übergeordnete Frage, inwieweit sich Hegemonie innerhalb dieser Wandlungsprozesse analytisch fassen bzw. strategisch konstruieren lässt.

Aus den hier referierten Problemstellungen entspringt, angesichts der zuvor konstatierten herausgehobenen Bedeutung kommunikativer Elemente und der (auch) konstituierenden Funktion von (politischer) Kommunikation für Hegemonie, verbunden mit der zuvor formulierten Frage danach, inwieweit hegemonietheoretische Ansätze zur theoretischen Fassung politischer Kommunikation in der Kommunikationswissenschaft fruchtbar bzw. fruchtbar zu machen sind und inwieweit sie strategische politische Kommunikation fundieren bzw. anleiten können, das zweite Erkenntnisinteresse dieser Arbeit.

Damit hegemonietheoretische Ansätze den hier formulierten Anforderungen tatsächlich gerecht werden können, erscheint es ob der Bedeutung der benannten Wandlungsprozesse notwendig, dass diese auch deren Implikationen Rechnung tragen können. Vereinfacht gesprochen: Werden hegemonietheoretische Konzepte durch Prozesse des Medienwandels, der zunehmenden Vernetzung und der damit verbundenen neuen Stellung von Plattformen und ihren Betreibern u. U. obsolet? Oder entsteht (theoretischer und ggf. auch praktischer) Adaptionbedarf? Und wie könnten entsprechende Adaptionen konzeptualisiert werden? Konkreter: Wie lassen sich das politisch-mediale System strukturell betreffende Wandlungsprozesse, darunter solche des Medienwandels und der Vernetzung der Gesellschaft, in eine hegemonietheoretisch begründete Fassung politischer Kommunikation sinnvoll integrieren, insbesondere aus analytischer, erneut aber auch aus auf die Kommunikationspraxis bezogener Perspektive?

Ausgehend von dieser zweiten Fragestellung ergibt sich ein drittes Diskussionsfeld, das, in partieller Abkehr von der sonst vorgenommenen Orientierung der forschungsleitenden Fragestellungen am Doppelcharakter der Hegemonie, primär die hegemonietheoretisch fundierte kommunikationswissenschaftliche Analyse politischer Kommunikation in den Blick nimmt. Zu fragen ist hier nach neuen empirischen Möglichkeiten und Ansätzen zur Untersuchung politischer Kommunikation unter dem Gesichtspunkt der Hegemonie, nach Optionen zur Operationalisierung hegemonietheoretischer Konzepte und Fragestellungen in der empirischen Kommunikationsforschung.

Empirisch stellt Hegemonie – wie später noch umfassender zu zeigen sein wird – zunächst alles andere als eine *terra incognita* dar. In der hegemonietheoretischen Literatur finden sich zahlreiche Beispiele für vorrangig diskursanalytisch fundierte Untersuchungen hegemoniebezogener Fragestellungen (vgl. im Überblick u. a.: DZUDZEK/KUNZE/WULLWEBER 2012:

10ff.; zum Forschungsprozess siehe auch: JØRGENSEN/PHILLIPS 2002: 76ff.), allen voran solche, die auf die, maßgeblich auf Ernesto Laclau und Chantal Mouffe zurückgehende, sogenannte ›Essex School der Diskursanalyse‹ rekurrieren (vgl. dazu u. a.: GRIGGS/HOWARTH 2017: 294f.; im Überblick auch: MARCHART 2017). Vereinzelt wird darüber hinaus auch in Richtung einer ›demoskopischen‹ Fassung hegemonietheoretischer Fragestellungen zur Analyse von Machtbeziehungen argumentiert (vgl. exemplarisch: SCHERRER 2007: 79ff.).

Besonders aus poststrukturalistischer Perspektive, in der Diskurse ein wesentliches Element der Generierung von Bedeutung darstellen (vgl. CAMPBELL 2013: 234), ist politische Kommunikation empirisch mit Mitteln der Diskursanalyse vermessen worden, zuletzt auch vermehrt in Kontexten trans- und internationaler politischer Kommunikation in Krisenzeiten und zu politischen Krisenereignissen (vgl. exemplarisch u. a.: BAUMANN 2020; HANSEN 2013). Die Diskursanalyse ist methodisch in der politischen Kommunikationsforschung, zumindest in Teilbereichen dieser, etabliert.

Dennoch kann es aus der Perspektive der empirischen Kommunikationsforschung, gerade auch angesichts der hier skizzierten Wandlungsprozesse und neuer, oft technologisch fundierter methodischer Zugänge sinnvoll sein, alternative methodische Zugänge in den Blick zu nehmen und sie auf ihre Eignung zur Anwendung in hegemonietheoretisch konnotierten Fragestellungen der politischen Kommunikation hin zu diskutieren. Ziel soll dabei nicht der Ersatz bewährter empirischer Zugänge sein, sondern die Diskussion der Möglichkeiten zur Schaffung weiterer, ggf. komplementärer empirischer Perspektiven.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung digitaler, vernetzter und nicht zuletzt auch plattformbasierter politischer Kommunikation ist dabei v. a. an solche methodischen Zugänge zu denken, die eine Analyse (neuer) Kommunikationsstrukturen und der damit verbundenen Machtallokationen erlauben, die in der Lage sind, auch umfassende (digitale) Kommunikationsflüsse zwischen verschiedenen Akteuren zu erfassen und die Strukturen dahinter sichtbar zu machen. Sinnvollerweise sollten dabei sowohl (kommunikative) Beziehungen vermessen, als auch Akteurspositionen und Akteursrollen klassifiziert werden können. Das Ziel kann, auch bei umfangreichen Kommunikationsflüssen, nicht in einer bloß binären Abfrage von Kontakten o. Ä. liegen. Es muss vielmehr möglich sein, Hegemonie in Zusammenhängen politischer Kommunikation sinnvoll und umfassend zu operationalisieren.

Unter Berücksichtigung dieser Anforderungen erscheint die Soziale Netzwerkanalyse (SNA) als potenziell geeigneter empirischer Zugang. Sie vermisst (kommunikative) Beziehungen und erlaubt zugleich die empirisch fundierte Bestimmung bzw. Klassifizierung von Akteurspositionen und Akteursrollen (vgl. HUMMEL/SODEUR 2010: 587ff.), gestattet dabei die Integration von Mikro- und Makroperspektive (vgl. umfassend dazu u. a.: GRANOVETTER 1973), und ist, dank stetig wachsender technologischer Möglichkeiten und multipler Automatisierungsoptionen, auch in der Lage, mit (sehr) großen Datenbeständen und rein digital konstituierten Vernetzungen sinnvoll umzugehen (vgl. im Überblick u. a.: ADAM et al. 2016; SCHNORF 2010). Dabei hat die SNA zugleich auch das Potenzial, u. a. qualitative und quantitative Perspektiven zu vereinen sowie eine Brücke zwischen vermeintlich separaten Paradigmen zu schlagen (vgl. u. a.: KOCKS/RAUPP 2016: 248f.; siehe weiterhin auch: HAAS/MÜTZEL 2010: 59f.). Dies kann die Gefahr nur scheinbar aussagekräftiger, auf rein binären Kontaktabfragen beruhender Befunde deutlich reduzieren (vgl. u. a.: TREZZINI 1998: 391).

In der empirischen politischen Kommunikationsforschung ist die SNA inzwischen als ein etablierter methodischer und teilweise auch theoretischer Zugang zu betrachten (vgl. im Überblick u. a.: KOCKS 2018: 112f.; KOCKS/RAUPP 2016: 250ff.),⁹ gerade auch im Hinblick auf ihre Potenziale in der Analyse politischer Online-Kommunikation (vgl. u. a.: SCHMIDT/SCHÖNBERGER/STEGBAUER 2005: 8ff.). Sie bietet hier vielfältige Möglichkeiten u. a. zur Vermessung (kommunikativer) Inklusion und Exklusion oder zum Stellenwert von kommunikativen Brückenpositionen (vgl. im Überblick u. a.: NAHON 2011; MARSDEN 2002). Darüber hinaus gewinnt sie v. a. auch in der Forschung zu Organisationskommunikation und Public Relations zunehmend an Bedeutung (vgl. u. a.: YANG/SAFFER 2019; aus

9 Häufig werden netzwerkanalytische Forschungsperspektiven, besonders aufgrund ihrer zunehmenden Popularität seit den 2000er-Jahren, als ein rein kontemporäres Phänomen betrachtet, bei genauerer Betrachtung erweist sich diese Annahme jedoch als nicht haltbar. Wann die Entwicklung netzwerkanalytischer Forschungsperspektiven in den Sozialwissenschaften genau begonnen hat, ist teilweise umstritten, oftmals werden die Wurzeln aber schon in den 1930er-Jahren verortet; Carrington und Scott (2014) beziehen sich dabei zunächst v. a. auf soziologische Konzepte aus Deutschland, während Freeman (2014) die unter dem Begriff der ›Soziometrie‹ firmierenden, und teilweise auf diese Konzepte rekurrierenden, Forschungsansätze us-amerikanischer Psychologen und Soziologen in den Blick nimmt. In diesem Kontext ebenfalls beachtenswert erscheint Stähelis Hinweis, dass »die Logik des Vernetzens nicht mit der Logik des Internets oder der heutigen Sozialen Medien gleichgesetzt werden sollte, auch wenn sie nie medienfrei zu denken ist« (2021: 36f.).

theoretischer Perspektive siehe auch: RAUPP 2011). Aber auch jenseits empirischer, oftmals v. a. quantitativ orientierter, sozialwissenschaftlicher Forschungsperspektiven werden zunehmend Versuche unternommen, netzwerkanalytische Ansätze empirisch fruchtbar zu machen. Beispiele für solche Anwendungen finden sich mittlerweile in zahlreichen Disziplinen, zuletzt hat das Konzept der SNA u. a. in der Geschichtswissenschaft deutlich an Popularität gewonnen (vgl. im Überblick: NEURATH 2008).

Die zentrale Frage an dieser Stelle ist also, ob und wie sich Ansätze aus dem Bereich der SNA zur Untersuchung hegemonietheoretischer Fragestellungen nutzen lassen, sei es als eigenständige methodische Operationalisierungen, sei es als komplementäre Elemente in bereits etablierten Verfahren. Die potenzielle Bedeutung einer Netzwerkperspektive für die Analyse kontemporärer Hegemoniephänomene ist bereits vereinzelt diskutiert worden (vgl. u. a.: OPRATKO 2018: 152), v. a. auch im Hinblick auf netzwerkanalytische Zugänge in der hegemonietheoretisch orientierten Forschung zu Governance-Netzwerken (vgl. DAVIES 2011: 125ff.). Davon ausgehend gilt es nun zu prüfen, ob und inwieweit sich Hegemonie als analytisches Konzept in der politischen Kommunikationsforschung, gerade auch unter den Bedingungen von Wandlungsprozessen, darunter der Medienwandel und die Emergenz von Netzwerk- und Plattformstrukturen, mit den Mitteln der SNA fassen und untersuchen lässt. Es ist zu fragen, inwieweit eine in anderen Disziplinen bereits vorgenommene Adaption netzwerkanalytischer Forschungsperspektiven auch hier gelingen kann. Konkreter: Wie lassen sich hegemonietheoretisch begründete Fassungen politischer Kommunikation empirisch mit den Mitteln der SNA sinnvoll operationalisieren und vermessen und was kann eine – ggf. komplementäre – netzwerkanalytische Forschungsperspektive zur hegemonietheoretischen Analyse politischer Kommunikation beitragen?

Zusammengefasst ergeben sich also drei übergeordnete und aufeinander aufbauende Fragestellungen, die es im Folgenden umfassend zu diskutieren gilt. Zunächst geht es dabei um den theoretischen und strategisch-kommunikativen Wert hegemonietheoretischer Ansätze:

Inwieweit sind hegemonietheoretische Ansätze zur theoretischen Fassung politischer Kommunikation in der Kommunikationswissenschaft fruchtbar bzw. fruchtbar zu machen und, dem Doppelcharakter des Konzepts in der hegemonietheoretischen Literatur folgend, inwieweit können sie strategische politische Kommunikation fundieren bzw. anleiten?

Sodann rücken die potenziellen Implikationen von das politisch-mediale System strukturell betreffenden Wandlungsprozessen in den Blick. Hier geht es nicht zuletzt auch darum, inwieweit die zuvor diskutierten theoretischen Befunde bzw. die daraus abgeleiteten Konzepte sich als adaptionsfähig erweisen bzw. was für ihre erfolgreiche Fruchtbarmachung im Zeitalter politisch-medialen Wandels zu leisten ist:

Wie lassen sich das politisch-mediale System strukturell betreffende Wandlungsprozesse, darunter solche des Medienwandels und der Vernetzung der Gesellschaft, in eine hegemonietheoretisch begründete Fassung politischer Kommunikation sinnvoll integrieren, insbesondere aus analytischer, erneut aber auch aus auf die Kommunikationspraxis bezogener Perspektive?

Schließlich gilt es noch, hier unter erstmaliger Durchbrechung des zuvor betonten Doppelcharakters und des damit verbundenen Nebeneinanders von politischer Kommunikationsforschung und der Praxis politischer Kommunikation, mit jetzt v. a. analytischem Fokus die Möglichkeiten und Grenzen neuer, u. U. zu bisherigen empirischen Ansätzen komplementärer Forschungsperspektiven aus dem Bereich der SNA zu diskutieren. Auf Basis dieser Diskussion sind dann Ansätze einer SNA-basierten Analyse von Hegemonie in der politischen Kommunikation zu entwickeln:

Wie lassen sich hegemonietheoretisch begründete Fassungen politischer Kommunikation empirisch mit den Mitteln der Sozialen Netzwerkanalyse sinnvoll operationalisieren und vermessen und was kann eine – ggf. komplementäre – netzwerk-analytische Forschungsperspektive zur hegemonietheoretischen Analyse politischer Kommunikation beitragen?

Kurzgefasst geht es hier also darum, hegemonietheoretische Ansätze hinsichtlich ihrer Potenziale für die Analyse und strategische Konzeptualisierung politischer Kommunikation zu analysieren, sie im Hinblick auf ihre Adaptionsefähigkeit angesichts umfassender Wandlungsprozesse gerade auch im politisch-medialen System zu evaluieren – erneut aus analytischer wie auch aus strategisch-kommunikativer Perspektive – und sie schließlich hinsichtlich der Möglichkeiten und Grenzen ihrer empirischen Operationalisierung in einem netzwerkanalytisch fundierten Forschungsparadigma hin zu diskutieren. Zugespitzt gefragt: (Wie) Kann Hegemonietheorie als ein theoretischer Schlüssel zum Verständnis kontemporärer politischer

Kommunikation verstanden werden? Wie kann sie kommunikativen, gesellschaftlichen wie auch politisch-medialen Wandel dabei sinnvoll theoretisch integrieren und adaptieren? Wie kann sie innerhalb eines netzwerkanalytischen Paradigmas operationalisiert und wie kann Hegemonie dabei empirisch sinnvoll vermessen werden?

Zur Diskussion und Beantwortung dieser Fragen wird im Folgenden ein mehrstufiges Vorgehen gewählt. In einem ersten Schritt erfolgt eine Analyse der Genese von Hegemonie als einem Konzept der politischen Theorie. Dabei erfolgt zunächst eine Annäherung an die ideengeschichtlichen Ursprünge und Entwicklungen des Hegemoniebegriffs, sodann wird das die wissenschaftliche wie politische Diskussion noch immer stark prägende Hegemoniekonzept Antonio Gramscis umfassend analysiert. Im Anschluss geht es dann um ausgewählte Fortschreibungen, d. h. direkt oder indirekt auf Gramsci rekurrierende oder ideengeschichtlich eng mit seinen Konzeptionen verknüpfte, hegemonietheoretische Ansätze, wobei in diesem Zuge auch die umfangreiche, teilweise aber sehr umstrittene Aufnahme gramscianischer Hegemoniekonzepte durch die sogenannte ›Nouvelle Droite‹ kritisch analysiert wird. Unter kurzer Einbeziehung ausgewählter wissenschaftlicher Rezeptionen und Anwendungen des Hegemoniekonzepts beleuchtet an dieser Stelle dann ein erstes Zwischenfazit den Stellenwert von Hegemonie als einem Konzept der politischen Theorie, ergänzt um ein kurzes Addendum zur grundsätzlichen Zulässigkeit (und Angemessenheit) einer Anwendung bzw. Überführung von Hegemoniekonzepten jenseits ihrer Ursprungskontexte.

Der nächste Abschnitt nimmt Hegemonie als Konzept der politischen Kommunikation in den Blick. Welche Funktion hat politische Kommunikation für Politik und das politische System in modernen Demokratien? Inwieweit lässt sich Hegemonie als kommunikativ bzw. (auch) diskursiv vermitteltes Phänomen betrachten? Welchen Stellenwert kann Hegemonie als Zielstellung strategischer politischer Kommunikation, sei es als Instrument der kommunikativen Herrschaftssicherung oder sei es als Werkzeug oppositioneller Politik, haben? Kann Hegemonie (auch) als ein Phänomen populistischer politischer Kommunikation betrachtet werden? Hat ein solches Konzept überhaupt Raum in demokratischen Systemen? Ein weiteres kurzes Zwischenfazit sucht Ort und Funktion von Hegemonie in (kontemporärer) politischer Kommunikation zu identifizieren. So sollen erste Elemente einer Antwort auf die Frage nach einem möglichen Verständnis hegemonietheoretischer Ansätze als Instrument zur theoretischen Fas-

sung politischer Kommunikation in der Kommunikationswissenschaft und, dem Doppelcharakter des Konzepts folgend, als Fundierung bzw. Anleitung strategischer politischer Kommunikation deduziert werden.

Der dann folgende Abschnitt widmet sich vorweg den Prozessen und Implikationen des Wandels, insbesondere im Hinblick auf die hier besonders relevanten Bereiche von Politik und Medien in modernen Demokratien. Dabei geht es eingangs um v. a. technologisch induzierte mediale Wandlungsprozesse, um die damit teilweise verknüpfte Transformation von Mediensystemen und schließlich auch um den Wandel politischer Öffentlichkeiten. Sodann rückt der, insbesondere in den verschiedenen Ansätzen zur sogenannten ›Netzwerkgesellschaft‹ diskutierte, Wandel gesellschaftlicher Struktur- und Organisationsprinzipien durch Vernetzung in den Fokus, verbunden mit der Diskussion möglicher Implikationen der Salienz plattformbasierter Kommunikations- und Geschäftsmodelle.

Innerhalb dieses Abschnitts werden mithin zunächst die für die Frage der Adaptionsfähigkeit hegemonietheoretischer Ansätze in der Analyse und Konzeptualisierung politischer Kommunikation potenziell relevantesten Wandlungsprozesse reflektiert. Im Anschluss werden die Befunde zu Hegemonie als eine theoretische Fassung politischer Kommunikation, mit den die Bereiche von Medien und Politik besonders betreffenden umfassenden Wandlungsprozessen konfrontiert: Wie steht es um die Bindung hegemonietheoretischer Ansätze und Konzeptionen an ihre Entstehungskontexte? Welche Problemstellungen ergeben sich aus den diskutierten Wandlungsprozessen bzw. wo kollidieren deren Implikationen mit Voraussetzungen und Annahmen hegemonietheoretischer Perspektiven? Ziel der in diesem Abschnitt vorgenommenen Diskussion ist es, jene Bereiche zu identifizieren, in denen sich für eine Anwendung hegemonietheoretischer Ansätze im Bereich der Analyse wie sekundär auch der strategischen Konzeptualisierung politischer Kommunikation Problemstellungen bzw. konkrete Adaptionsbedarfe ergeben. Auf Basis dieser Identifikation werden daraufhin Perspektiven einer (erneuten) Fruchtbarmachung hegemonietheoretischer Ansätze im Bereich der politischen Kommunikation und v. a. auch der politischen Kommunikationsforschung diskutiert: Wie kann Hegemonie unter den Bedingungen medialer Entgrenzungen verstanden und operationalisiert werden, wie lässt sie sich in neuen (vernetzten) Strukturkontexten sinnvoll theoretisch fassen? Welche Implikationen haben Plattformstrukturen und wie sind neue (plattformbasierte) Akteure sinnvoll unter hegemonietheoretische Konzepte zu subsumieren? Ziel

ist es, die Frage danach, wie sich das politisch-mediale System strukturell betreffende Wandlungsprozesse, darunter solche des Medienwandels und der Vernetzung der Gesellschaft, in eine hegemonietheoretisch begründete Fassung politischer Kommunikation sinnvoll integrieren lassen, speziell aus analytischer, erneut aber auch aus auf die Kommunikationspraxis bezogener Perspektive, zu diskutieren und erste Elemente einer Antwort auf diese Frage zu deduzieren.

Der nächste Abschnitt fokussiert schließlich empirische Perspektiven. Hegemonie wird zunächst als empirisches Explanandum diskutiert, wobei insbesondere auch bestehende empirische Paradigmen betrachtet werden. Daran schließt sich der hier projektierte Versuch an, Hegemonie netzwerkanalytisch zugänglich zu machen, also hegemonietheoretische Konzepte innerhalb des Rahmens der Sozialen Netzwerkanalyse empirisch zu operationalisieren. In Übereinstimmung mit dem dritten Forschungsinteresse der Arbeit ist an dieser Stelle zu fragen, wie sich hegemonietheoretisch begründete Fassungen politischer Kommunikation empirisch mit den Mitteln der SNA sinnvoll operationalisieren und vermessen lassen und was eine netzwerkanalytische Forschungsperspektive zur hegemonietheoretischen Analyse politischer Kommunikation beitragen kann bzw. wo dabei ihre Möglichkeiten und Grenzen liegen. Ziel dieses Abschnittes ist es, eine neue, ggf. komplementäre empirische Perspektive für hegemonietheoretisch begründete Analysen politischer Kommunikation in modernen (Medien-)Demokratien zu skizzieren.

Der abschließende Abschnitt dient schließlich der Diskussion der im Lichte der hier formulierten Forschungsinteressen aufgeworfenen Fragen. Hier wird noch einmal zusammenführend und ergebnissichernd diskutiert, wie und unter welchen Voraussetzungen sich Hegemonie als Konzept zur theoretischen Fassung und zur strategischen Konzeptualisierung politischer Kommunikation begreifen lässt, welche Implikationen Wandlungsprozesse v. a. im politisch-medialen System für Anwendungen hegemonietheoretischer Ansätze potenziell haben und welche empirischen Potenziale eine netzwerkanalytische Perspektive auf Hegemonie in der politischen Kommunikation aus v. a. kommunikationswissenschaftlicher Perspektive bieten kann, zugleich werden auch einige der sich notwendigerweise ergebenden Desiderata herausgearbeitet.

Hegemonietheoretische Reflexionen haben, auch jenseits ihrer unmittelbaren Entstehungszusammenhänge, immer wieder wechselnde Konjunkturen erlebt und sich in verschiedenen politischen und kulturellen

Kontexten etabliert, als bedeutsame Instrumente der kritischen Analyse wie auch als Zielstellung politischen Handelns. Sie beinhalten starke kommunikative Elemente, sind immer (auch) kommunikativ fundiert und müssen strategisch als Kommunikation gedacht werden. Die politische Kommunikationsforschung hat sie dabei oftmals recht stiefmütterlich behandelt und ihre Potenziale nicht oder zumindest nicht hinreichend umgesetzt. Ihr strategischer, insbesondere aber auch ihr theoretischer und empirischer Wert, auch und gerade angesichts kontemporärer Wandlungsprozesse v. a. im politisch-medialen System, ist in der Folge bis dato nur in kleinen Teilen reflektiert. Naturgemäß kann es – dies muss schon an dieser Stelle einschränkend angemerkt werden – hier nicht um die Entwicklung einer einzelnen ›großen Synthese‹ hegemonietheoretischer Ansätze im Lichte und zum Zwecke kommunikationswissenschaftlicher Theoriebildung gehen; deren Möglichkeit wird, gerade auch aus der hegemonietheoretisch oftmals schon weiter vorangeschrittenen politikwissenschaftlichen Perspektive, ohnehin sehr kritisch beurteilt (vgl. OPRATKO 2018: 23, 189; siehe auch: HEISE/VON FROMBERG 2007: 114). Was aber geleistet werden kann und soll, ist die Fruchtbarmachung und erste Erprobung von Hegemonie als ein Ansatz zur Analyse und Konzeptualisierung wie auch zum Verständnis strategischer politischer Kommunikation im vorpolitischen wie im politischen Raum.